

L-1NEU Lebendige Demokratie verteidigen – Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts stärken

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3 Zivilgesellschaft stärken, Menschenfeinden entgegentreten

1 Demokratie, politische Selbstbestimmung und die Chance auf friedliche
2 Veränderung durch überzeugende Argumente, ist weder selbstverständlich noch
3 unveränderlich. Sie müssen immer wieder gegen autoritäre Versuchungen verteidigt
4 werden. Sie brauchen Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen und engagieren.
5 Sie brauchen demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind.

6 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt erklären:

7 Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft sind Angriffe auf die
8 Demokratie und werden von uns zutiefst verurteilt. Eine starke Zivilgesellschaft
9 ist das Rückgrat unserer Demokratie. Wir wollen Engagement nachhaltig
10 unterstützen, indem wir die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftlichen
11 Einsatz strukturell verbessern. Mit Blick auf den sachsen-anhaltischen
12 Landeshaushalt für 2019 und 2020 halten wir in der gegenwärtigen Situation eine
13 Verstärkung der Mittel für Demokratieförderung für notwendig.

14 Vereine und Initiativen, die sich der Förderung der Demokratie und ihrer
15 Verteidigung gegen Angriffe widmen, müssen in die Lage versetzt werden, ihre
16 Arbeit kontinuierlich mit geeignetem und fair bezahltem Personal zu leisten.
17 Dafür braucht es ein höheres finanzielles Engagement des Landes.

18 Die unsägliche Unterstellung und Gleichsetzung des demokratisch und sozial
19 motivierten Einsatzes gegen Rechtsextreme mit einem angeblich ebenso
20 gefährlichen Linksextremismus muss auch auf Seiten der verantwortlichen
21 politischen und staatlichen Institutionen ein Ende haben. Hier fordern wir dem
22 Mut zur Differenzierung und zur demokratieverstärkenden Wachsamkeit statt
23 gefährlicher Gleichgültigkeit.

24 Es ist und bleibt die vordringlichste Pflicht aller Demokraten, sich
25 demokratiefeindlichen Bestrebungen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
26 entgegenzustellen. Das gilt ausdrücklich auch dann, wenn sie im Gewand einer
27 demokratisch gewählten Partei daherkommen.

28 Wir stehen in Solidarität mit zivilgesellschaftlichen Vereinen, die sich der
29 Demokratieförderung widmen und die sich tagtäglich gegen Rassismus,
30 Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
31 engagieren.

32
33 Begründung

34 In den letzten Monaten haben wir gelernt, wie wichtig der Streit nicht nur in
35 der Demokratie, sondern auch um die Demokratie ist. Nicht nur auf der Straße –
36 auch in den Parlamenten in den Ländern und im Bund gilt es nach dem Einzug der
37 rechts-völkischen AfD, sich deren zunehmend demokratiefeindlichen Anwürfen
38 engagiert entgegenzustellen.

39 Wo der rechte Verleger und enge Verbündete der AfD, Götz Kubitschek, Ende
40 Februar in Cottbus neben den Parteien „die Zivilgesellschaft“ zum Feind erklärt,
41 da versucht er einen tiefen Keil zu treiben zwischen das selbsterklärte und als
42 vermeintliche Gemeinschaft organisierte „Volk“ und diejenigen, die tagtäglich in
43 komplexen Problemlagen um den Bestand der Demokratie in Deutschland ringen.

44 In Sachsen-Anhalt verfolgt die AfD diese Strategie im Landtag besonders perfide.
45 Mit langen Anfragen, angefüllt mit Unterstellungen und Zuschreibungen zeichnet
46 die Partei – zuletzt im Dezember vergangenen Jahres – ein verzerrtes und
47 falsches Bild beispielsweise von der Arbeit des Vereins „Miteinander e.V.“,
48 stellt die Finanzierung von Demokratiearbeit in Frage und versucht
49 Mitarbeiter*innen und Projekte in einen extremistischen, rechtsfreien und
50 gewaltaffinen Kontext zu stellen.

51 Diejenigen, die immer wieder aufzeigen, wie eng der Schulterschluss zwischen AfD
52 und den als Verfassungsfeinden beobachteten Rechtsextremisten ist, will die AfD
53 diskreditieren. Die AfD und andere Akteure der Neuen Rechten wollen
54 Zivilgesellschaft und politische Gegner*innen zum Schweigen bringen und ins
55 politische Abseits stellen. Die Partei mag demokratisch gewählt sein – sie ist
56 aber keinesfalls demokratisch gesinnt.